

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beilagen oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Beilagen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlenmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greiswald G. Illies.
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nöthner, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 13. Juli. Die Bemerkungen des Reichstanzlers über die Umwandlung des Zentrums scheinen ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben. In immer neuen Variationen versucht die „Germania“ die Behauptung auf eine irrthümliche Auffassung der Vorgänge in der Zentrumspartei zurückzuführen. Man muß nie mehr beweisen wollen, als man an der Hand der Thatfachen beweisen kann. Die Polemik zwischen der „Germania“ in Berlin und dem Zentrumorgan in Breslau nimmt ihren Fortgang und läßt keinen Zweifel über die Richtung, in der sich die Wandlung vollzogen hat. Auch genügt ein Blick auf die Zusammenfassung des Zentrums im neuen Reichstage, um den Charakter dieser Wandlung zu begreifen. Es müßte ein seltsamer Zufall sein, wenn ohne jeden äußeren und inneren Grund aus der Zentrumspartei mit einem Schlage die Vertreter der katholischen Weltanschauung nahezu vollständig verschwunden sein sollten, auf deren Mitgliedschaft in der Partei früher mit Stolz hingewiesen und das größte Gewicht gelegt worden war; und wenn in demselben Augenblicke, wo die Achtung der militärischen Leistungen der katholischen Aristokratie aufrecht erhalten wird, dem liberalen Radikalismus besondere Schonung bewiesen wird. Die Wiederannahme des vor wenigen Monaten erst einmütig aus der Partei ausgeschlossenen Radikalismus ist zwar noch nicht offiziell bestätigt worden, und es würde dem Gnadenakt auch nicht ganz entsprechen, wenn es sich bestätigen sollte, daß die Redaktion des bisher von Fasangel geleiteten Blattes einem Schilling des Herrn Dr. Lieber übertragen sein sollte, und zwar dem Verfasser der von Lieber mit seinem Vorwort versehenen Schrift über den Antheil der Jesuiten an der Erhebung Preußens zum Königreich. Aber der Strömung, in der jetzt die Partei treibt, würde eine Zurücknahme des Achtungsbeschlusses sicher entsprechen, und wer weiß, ob sich dann nicht auch noch ein Weg entdecken läßt, auf dem sich der Preussentresser Sigl mit dem Wuppertaler Lieber zum Versöhnungsakte zusammenfinden kann.

Eine prinzipiell wirtschaftliche Frage, die Aufhebung der Kommunalsteuern betreffend, hat kürzlich dem Provinzialrat von Schlesien zur Entscheidung vorgelegen. Der Magistrat von Oppeln hatte beim Bezirksausschuß die Genehmigung zur Erhebung eines Einkommensteuernzuschlages von 250 Prozent, statt der bisherigen 220 Prozent beantragt. Diese Genehmigung war verweigert und anbegehrt worden, den Zuschlag von 30 Prozent durch einen entsprechenden Zuschlag auf die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer zu decken. Gegen diesen Bescheid wurde bei dem Provinzialrat von Schlesien Beschwerde eingelegt; dieselbe ist nunmehr endgültig zurückgewiesen worden. Aus der Begründung dieser Zurückweisung sei kurz Folgendes hervorgehoben: „Die Gemeinden seien wesentlich wirtschaftliche Verbände, die an erster Stelle diejenigen Vorbedingungen zu erfüllen hätten, auf denen das nachbarliche wirtschaftliche Zusammenleben und die Erwerbsthätigkeit ihrer Einwohner beruhe. Innerhalb der Gemeinden könne daher die Leistungsfähigkeit nicht den ausschließlichen Maßstab der Besteuerung bilden. Dieser werde vielmehr ergänzt werden müssen durch den Grundbesitz der Leistung und Gegenleistung. Wenn nun auch ein Theil der Gemeindeausgaben zweifellos allen Einwohnern mehr oder weniger gleichmäßig zum Vortheil gereiche, so komme ein anderer Theil der Ausgaben ganz oder überwiegend den mit der Gemeinde untrennbar verbundenen Objekten (Grund- und Hausbesitz und Gewerbebetrieb) zu gute. Ferner sei zu beachten, daß während dem nicht dauernd erhaltenden oder an den Aufenthalt in der Gemeinde gebundenen Steuerpflichtigen häufig nur vorübergehende Vorteile aus der Gemeindegemeinschaft zufließen, diese für die mit der Gemeinde untrennbar verbundenen Objekte dauernder Natur seien. Hieraus ergebe sich, daß die ausschließliche Aufhebung der kommunalen Steuerbedürfnisse durch Einkommensteuern ohne Rücksicht auf die Zwecke und die Wirkungen der Gemeindeausgaben den Anforderungen einer gerechten Steuervertheilung widerspreche. Neben den Leistungsfähigkeit berücksichtigenden persönlichen Steuern werde daher regelmäßig ein Theil des Steuerbedarfs durch Realsteuern aufzubringen sein, wenn derselbe auch zunächst — so lange die Realsteuern noch für die Deckung des staatlichen Steuerbedarfs mit herangezogen werden — den Anforderungen für die realen Güterquellen nicht völlig werde entsprechen können. Aus diesen Gründen erscheine die Entscheidung des Bezirksausschusses völlig sachgemäß und zutreffend. Wenn bisher in Oppeln Zuschläge zu den Realsteuern nicht erhoben worden seien, so könne dies kein Grund sein, die bisherige unbillige Besteuerung beizubehalten oder gar durch Erhöhung der Zuschlagsprocente die in dem bisherigen Besteuerungsmodus liegende Unbilligkeit noch zu schärfen. Was endlich die Berücksichtigung des auf das Budget der Stadt übernommenen Kreisabgabentheils zur Zeit anlangt, so sei dem Magistrat beizutreten, daß für die Stadtgemeinde eine geeignete Veranschlagung zur Mitberücksichtigung der Realsteuern für die Aufbringung dieses Betrages nicht bestehe. Dies schließe aber nicht aus, daß bei der Würdigung einer zweiten Vertheilung der städtischen Ausgaben die darin mitenthaltenen Kreisabgaben, welche ihrer Natur nach auf die Mitberücksichtigung der Realsteuern hinweisen, gleichfalls Berücksichtigung finden.“

Da ähnliche Fälle sich in vielen Kommunen wiederfinden werden, so dürfte die Entscheidung für alle Beteiligten von großem Interesse sein, wenn ihr auch außerhalb der Provinz Schlesien eine verbindende Kraft zunächst nicht beigelegt werden kann.

Die Klage des Fürsten Bismarck gegenüber den in Friedrichshagen beabsichtigten vierhundert Bewohnern von Lippe, daß das nationale Dreieck, schwächer geworden sei, findet die „National-Zeitung“ berechtigt. Zur Abhilfe macht sie folgenden bemerkenswerthen Vorschlag: „Das Mittel zur Vertheidigung des nationalen Dreiecks, welches wir für das richtige halten, mag im Augenblicke schwierig zu erlangen sein; dies kann uns aber nicht hindern, darauf hinzuwirken. Es ist ein Reichs-Oberhaus neben dem Reichstag, in das die Kräfte, welche Fürst Bismarck zur Nationalpolitik in Frankfurt setzen will, durch Wahl seitens der Einzelstände und durch Ernennung seitens der Bundesfürsten gelang-

gen müssen. Dann kann der Bundesrath auf seine Funktionen als gemeinsames Organ der Bundesregierungen und können die Einzelstände auf ihre natürlichen Aufgaben beschränkt bleiben. Will man den Bundesrath im Oberhause aufgeben lassen und ihn durch ein Reichsmittelministerium ersetzen, so würden wir dies für die richtige Organisation halten; aber es ist keine unerlässliche Vorbedingung.“

Dieses Programm deckt sich nicht mit der neueren Forderung des Fürsten Bismarck, denn diese ging darauf hin, den Bundesrath selbst zu einem Reichs-Oberhaus zu machen. Der Einrichtungsplan des Reichsmittelministeriums hat, wie bekannt, Fürst Bismarck mit großer Entschiedenheit widergesprochen und dem Bundesrath feierlich erklärt, daß er jedes darauf gerichtete Bestreben als einen Angriff auf die Verfassung und die verfassungsmäßigen Rechte der verbundenen Regierungen ansehe. Bei wiederholten Anlässen hat Fürst Bismarck sich dahin geäußert, daß die Bundesraths-Ausschüsse die Ministerien darstellen.

Nach einer Meldung der „Köln. Ztg.“ aus Rom hat der Prinz von Neapel die Einladung zur Theilnahme an den deutschen Kaiserhuldigungsfest im Herbst angenommen.

Es dürfte, wie die „Straßb. Post“ vernimmt, feststehen, daß der Kaiser am 9. September in Straßburg i. E. eintreffen, am 10. September die Grundsteinlegung der neuen evangelischen Garnisonkirche vornehmen und entweder am gleichen Tage oder aber am 11. September wieder von Straßburg abreisen wird. Vom 3. bis 9. September wird der Kaiser in Metz, beziehungsweise in Metz, verweilen.

Der Erbprinz von Preußen scheint nunmehr in der That Berlin mit seiner Familie verlassen zu wollen, wenigstens ist die von ihm bisher innegehabte Wohnung an der großen Duer-Allee zu vermieten.

Breslau, 12. Juli. Die Immediat-Kommission zur Beschlußfassung über die Einrichtung der Warteschule nach längerer Vertheilung, unter Verwerfung aller anderen Entwürfe, das von der Stadt vorgelegte Projekt unter Vorbehalt einer technischen Detailprüfung zur Ausführung zu empfehlen.

Bonn, 12. Juli. Heute fand die Eröffnung des neuen Provinzial-Museums rheinischer Alterthümer durch den Landesdirektor Klein statt. Der Feier wohnten der Oberpräsident Kasse, der Kurator Geh. Ober-Regierungsrath Dr. Gantner, der Rektor Geh. Medizinalrath Dr. Schütz und der Senat der Universität, sowie die Spitzen der Zivil- und Militärbehörden bei.

Kauterberg i. H., 12. Juli. Am 9. d. Mts. starb plötzlich der Dirigent unserer lateinischen höheren Knabenschule, Dr. phil. Aln. In weiten Kreisen war er wegen der von ihm herausgegebenen deutsch-französischen Sprachbücher (Mitsche Methode) bekannt.

Liebenwerda, 12. Juli. Die Briquetfabrik „Hohenzollernsche“ nebst der Grube „Nothstein“ haben aus Mangel an Absatz den Betrieb eingestellt. 200 Arbeiter sind in Folge dessen brodlos.

Schwerin, 12. Juli. Der mit der kommissarischen Verwaltung der Forstinspektion Doberan beauftragte Forstforst, Jagdwärter Herr. Werner v. Braunstein, ist zum Forstmeister und wirtlichen Forstinspektionsbeamten zu Doberan ernannt.

Seitens des Bezirkskommandos Schwerin werden übergangsweise Reservisten, die Radfahrer und gewest sind, als solche das Manöver der 34. Infanterie-Brigade mitzumachen, erübrigt, sich auf dem Bureau des genannten Kommandos zu melden.

Münster, 12. Juli. Bei den Landtagswahlen verloren die liberalen sieben Mandate, davon vier an die Sozialdemokraten und drei an den Bauernbund. Das Zentrum verlor fünf Mandate, davon eins an die Sozialdemokraten und vier an den Bauernbund, für den Dr. Kraginger zweimal gewählt ist, während Sigl durchfiel. Die Konservativen verlieren ein Mandat an das Zentrum; die Sozialdemokraten haben fünf Mandate, die Volkspartei eins.

Die Ereignisse spielen im Kleinen den Anstalt der Reichstagswahlen wieder. Hier vor sind die Liberalen und das Zentrum durch die Sozialdemokraten und die Bauernbewegung bedrängt worden. Auch die Konservativen, die in Bayern eine sehr untergeordnete Rolle spielen, hatten darunter zu leiden. Die Ergebnisse des Bauernbundes entsprechen dabei einerseits dem Wachstum des Antisemitismus, andererseits des Bundes der Bauernbewegung. Denn der Bauernbund ist, abgesehen von seinem ausgeprägten Partikularismus, zwar durchaus reaktionär, aber dabei zugleich antientistisch und oppositionell. Mit der Wiedereingliederung der Ultramontanen ist es im neuen bayerischen Landtag zu Ende. Für die bayerische Regierung wird es sich mit dem neuen Landtag weit schwerer arbeiten lassen, als mit dem alten, der über eine akademische Opposition nicht hinaus kam.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 10. Juli. Es giebt unter den deutschen Abgeordneten der Alpenländer fonderbare Kräfte, die mit kühlem Gleichmuth, ja mit ironischem Lächeln die Kämpfe begleiten, die die Deutschen Wohnens gegen den slavischen Gegner auszufechten haben. Diese Herren, die sich noch dazu auf die Deutschesten der Deutschen herausspielen, verschmähen es sogar nicht, durch ihre ostentative Haltung gegenüber den Deutschliberalen deren Position zu schwächen und damit die Geschäfte der Regierung zu befeuern. Ganz doch ihr Führer, der kühnste Abgeordnete Steiermark, jüngst in einer Versammlung zu Brünn, so weit, den Junggehehen ob der von ihnen im Prager Landtag zum Schaden der Deutschen angewendeten Gewaltpolitik ein Loblied zu singen. Eine solche beschämliche Gleichgültigkeit für das Schicksal der Deutschen in den Sudetenländern ist unter allen Umständen über alle Maßen, sie ist doppelt thöricht angesichts der Thatfache, daß auch die Deutschen der Alpenländer nichts weniger als auf Rosen gebettet sind. Wenn Dr. Steinwender blind genug ist, um der slavischen Propaganda in Krünten kein Gewicht beizulegen, so wird ihm und seinen Anhängern vielleicht der Verlauf des Parteitag der Deutschen Untersteiermarks, der gestern in Gitsi abgehalten wurde, den Staat stehen und ihn erkennen lassen, daß die Interessen der Deutschen hier- und jenseits der Alpen politisch sind und nur festes Zusammenhalten helfen

und drüber deutsches Land und deutsches Volk vor der slavischen Ueberflutung bewahren kann. Hundert Vertreter aus allen Gauen der Steiermark waren erschienen. In allen Reden wurde auf die Gefahr der fortschreitenden Sloenisierung des steirischen Unterlandes hingewiesen, eine Gefahr, die durch die langjährige Unterstützung seitens der staatlichen Behörden heraufbeschworen wurde und leider auch jetzt noch in Folge der (für die Slovenen) wohlwollenden Neutralität der Regierung im Wachsen begriffen ist. Sehr im Gegensatz zu der verblenden Politik jener Engländer erwähnten Deputationalen wurde in der einstimmig beschlossenen Kundgebung des steirischen Parteitag die Erhaltung und Förderung des Deutschthums als leitender politischer Grundsatz, dem alle Interessen untergeordnet sind, aufgestellt und erklärt, daß alle Deutschen eine Partei zu bilden haben, die Alles unterstützt, was dem Deutschthum nützt, hingegen Alles bekämpft, was dem Deutschthum schaden kann. Schließlich wurde die „Germania“ aller Deutschen in Oesterreich“ als das höchste angestrebte Ziel bezeichnet. Ein Redner, Dr. Foregger, der Vertreter Gills, verlor den Satz: „Wer für das Deutschthum kämpft, kämpft für Oesterreich“ und schloß mit dem Worte Bismarcks: „Wenn wir zusammenhalten, werden wir den Teufel aus der Hölle schlagen.“ Wüchsen doch alle Vertreter der Deutschen diese Mahnungen beherzigen! Die Regierung ihrerseits möge aber den Worten eines anderen Redners, des Grafen Stürpfl, ernste Beachtung schenken, der erklärte, daß wir vor einer Desorganisation des gesammten Staatswesens, vor einer ersten Gefährdung des einheitlichen Bestandes Oesterreichs stehen. Die slavische Bewegung in Böhmen habe sich auf den Weg der Gewalt begeben, die Revolution sei dort zum offenen Ausbruch gelangt. Nicht um Trautmanz handle es sich, nicht um den Anlaß des Konfliktes, sondern um die Art seines Ausganges. Die Deutschen müssen Satisfaction verlangen. Nur eine entschiedene Umkehr der Regierung konnte geordnete Zustände schaffen, sonst werde im Herbst ein offener Kampf entbrennen für Recht und Gesetz, für Volksthum und Verfassung, für Kaiser und Reich! — Wenn alle Vertreter der Deutschen Oesterreichs einmütig eine solche Sprache sprächen, brauchte uns die Zukunft der Deutschen in diesem Staate nimmer bangen sein.

Wien, 12. Juli. Der Kaiser Franz Josef traf heute Abend gegen 6 Uhr mittels Hofseparatzuges hier ein.

Landbrunn, 12. Juli. Bei den Ortsparlamenten für den Tiroler Landtag wurden in den südlichen Städtebezirken die früheren Landtags-Abgeordneten wiedergewählt.

Belgien.

Brüssel, 11. Juli. Die Kunst des Menschenmordes im Großen macht granzige Fortschritte. Heute ist es ein Deutscher, morgen ein französischer und übermorgen ein österreichischer Erfinder, welcher die „Kivilisation“ mit einer neuen Kriegsmaschine beschenkt. Gegenwärtig macht die Erfindung des französischen Ingenieurs Turpin großes Aufsehen, und wenn auch sehr viel Uebertreibung gemacht wird, so steht es doch fest, daß eine Erfindung zu handeln, welche Bedeutung geradezu absehbar ist.

So scheint es wenigstens nach einem Brief, den ein Freund des bekannten Erfinders des Melinins an die „Gazette de Charleroi“ richtet, und den wir hier in extenso wiedergeben:

„Die neueste Erfindung Turpins macht sehr viel Aufsehen und zieht die Aufmerksamkeit aller Staaten Europas und nicht zum wenigsten auch der internationalen Friedensliga auf sich.

Deutschland, auf welches die Nachricht von der Erfindung eigentlich am meisten Eindruck hätte machen müssen (sic!) scheint sich mit derselben nicht viel zu beschäftigen.“

Wie es sich nun auch mit den pessimistischen Ansichten mancher Leute über den Werth der Turpinischen Erfindung verhalten mag, jedenfalls ist jowohl sicher, daß die zerstörende Wirkung des Geschosses eine ganz ungeheure ist. Was die Zahl der geschleuderten Einzelgeschosse anbelangt, so ist dieselbe nichts neues, denn bereits im Jahre 1870 hat Vauflere ein ähnliches fast noch größeres Geschöß konstruirt, welches 22 000 Einzelgeschosse und 200 Brandketten enthielt; das Geschöß Turpins schleudert 72 000 Kugeln und Granaten auf den Feind.

Das System der Vertheilung des Inhalts der Bombe ist auf die Elektricität und auf die Eigenschaften der stärksten Explosionsstoffe basirt.

Das Geschöß selbst besteht aus einer zylindrischen Bombe von 1.50 Meter Höhe und 0.50 Meter Durchmesser. In der Mitte der Bombe befindet sich ein vertikaler Zylinder, welcher 50 Kilogramm Explosionsstoffe enthält. Der Mantel der Bombe ist aus 476 kleineren Kanonensystemen befestigt, die je 70 Kugeln, und 208 noch kleineren Bomben, welche je 126 Kugeln, und schließlich mit 200 Brandketten befestigt.

Diese Bombe wird durch ein leuchtbares Luftschiff (— das Turpin bekanntlich auch erfunden will —) getragen, und von demselben aus auf den Feind geworfen. Sie kann auch durch ein Gefäß geschleudert werden und zwar auf eine Weite Minimum-Entfernung.

Wenn das furchtbare Geschöß seine größte Höhe erreicht hat, neigt es sich mit der Spitze nach unten und fällt bis 1—2 Meter Entfernung von der Erde. In diesem Augenblicke gehen die mit Hinkantigen geladenen kleinen Kanonen los, 33,320 Projektilen nach allen Richtungen der Winde zerstreut, und zwar alle horizontal und auf mehrere 100 Meter Entfernung; ebenso werden im nämlichen Augenblicke die 700 Brandketten geschleudert. Sobald das Riesengeschöß den Boden berührt, explodirt es und jagt die Stücke des Stahlmantels, sozament die mit 3800 Kugeln geladenen kleinen 308 Bomben nach allen Himmelsrichtungen auseinander. Alles, was sich im Umkreise von 150 Meter befindet, ist unrettbar verloren.

Der einzige Trost, welchen man angesichts solcher entsetzlicher Wundstammesmaschinen empfindet, ist der, daß sie es schließlich doch einmal sein werden, welche die Völker veranlassen, mit einander dauernden Frieden zu schließen, und zwar, weil es bei der Anwendung solcher Kriegsmaschinen schließlich nur noch von mehr oder weniger großen Zufällen abhängen wird, wer Sieger und wer Besiegter wird.

Frankreich.

Paris, 10. Juli. Die „Eclair“ beschäftigt sich mit der Reise des Rheide nach Konstantinopel, die, ähnlich wie die deutsche Thronrede, in Folge der Pariser Unruhen hier kaum beachtet wird. „Man hat behauptet“, schreibt das ehebem von Jery inspirirte Blatt, „daß jener Besuch eine Niederlage für die englische Politik bedeute. Das heißt doch, ein bißchen zu weit gehen.“ Es sei ja richtig, daß der Besuch den gern als Vermittler zwischen Bismarck und Sugeran auftretenden Engländern aus den angegebenen, von der „Eclair“ ausführlich dargelegten Gründen, nicht angenehm sei, aber vielleicht fürchte der Sultan, daß sein Vassall, nachdem er die englische Vormundschaft abgeschüttelt, der nationalen Bewegung entsprechend, dasselbe mit der Vormundschaft der Porte versuchen würde. Und aus diesen und ähnlichen Betrachtungen zieht das Blatt den Schluß:

„Das allgemeine europäische Interesse deckt in dieser Frage das französische Sonderinteresse. Unsere Politik in Egypten kann nicht mehr dieselbe sein wie vor zwanzig Jahren. Wenn man die Waide lockt, in welchen England den Rheide gefangen hält, muß man notwendigerweise die anziehen und festigen, welche ihn dem Sultan verbinden. Das ist das einzige Mittel, England zu entfernen, dessen ausschließlicher Einfluß für unsere Interessen so schädlich ist.“

Ein anderes Mittel, als dies diplomatische, haben die Franzosen in der That nicht, um zum Ziel zu gelangen, denn gegen England hat man nur große Worte; die Thaten spart man sich für Deutschland auf.

Das Ministerium hatte sich bei den jüngsten Wirren in den Straßen von Paris ziemlich gut benommen; seine nachträglich befundene Schwäche macht keinen günstigen Eindruck. Ich spreche von dem Entschlusse des Finanzministers Petral, zurückzutreten und zwar lediglich aus dem Grunde, weil seine ehemaligen Parteigenossen, von der ängstlichen Finken mit der Maßregeln der Regierung, vor allem mit der Schließung der Arbeitsbörse, nicht zufrieden waren. Man begreift, daß dieser Entschlus im Augenblicke, wo es sich um die Bewilligung des Budgets als letzte Leistung einer demnächst von Reichswegen anbehaltenen Kammer handelt, den übrigen Mitgliedern des Ministeriums recht unangehen kam. Dennoch zeigt es nicht gerade von Hebenmuth, daß man Herrn Petral, um ihn zum Weichen zu bewegen, den Polizeipräsidenten Luge opferte. Daß die Polizei reformbedürftig ist, wird ja allgemein zugegeben, aber Luge hat sie nicht gemacht, hat sie nicht organisiert, und gerade er wäre vielleicht besser als ein anderer dazu befähigt gewesen, die erwähnte Reform durchzuführen. Nach diesem ersten Zugeständnis der Regierung an die Forderungen der Radikalen fragt man sich ängstlich, ob sie sich nicht bald zu einem zweiten herbeilassen wird, nämlich zur Wiedereröffnung der Arbeitsbörse. Dadurch würde der gute Eindruck, den ihr jüngstes zielbewusstes Auftreten gemacht hat, völlig verwischt werden.

Paris, 12. Juli. Der Nationalkongress der 35 Arbeitsbörsten beschloß ein Manifest, in welchem gegen die Maßregeln der Regierung protestirt wird und die Arbeiter aufgefordert werden, nicht an der Feier des 14. Juli theilzunehmen.

Gutem Vernehmen nach wird der Kriegsminister dem heute von Beaquier eingebrachten Antrage betreffend die Verleumdung von Militärpflichtigen entgegengetreten.

Eine Anzahl Deputirter brachte einen Gesetzesentwurf ein betreffend die Prägung einer Nickel-Scheidemünze.

Toulon, 12. Juli. In dem Arrenbissement Toulon kamen gestern fünf Cholera-Erkrankungen und vier Cholera-Todesfälle vor.

Italien.

Rom, 12. Juli. Im Senat regte heute Cavalletto die Herbeiführung einer unterfranzösischen Verbindung zwischen Italien und Sizilien an. Senator Moriana unterstützte diese Idee; eine venezianische Gesellschaft würde das Projekt für zwei und fünfzig Millionen Lire ausführen. Der Arbeitsminister erklärte, die Regierung werde die Idee seiner Zeit in Berücksichtigung ziehen.

Großbritannien und Irland.

London, 12. Juli. In dem vorläufig für den Besuch Kaiser Wilhelms in Gones festgesetzten Programm sind zwei Staatsbesuche vorgesehen: das eine giebt die Königin Viktoria in Osborne, das andere der Prinz von Wales an Bord der „Victoria und Albert“. Der Kaiser wird auch an einem Klubabend der „Royal Yacht Society“ theilnehmen und selbst ein Diner an Bord seiner eigenen Yacht geben. Kaiser Wilhelm wird am 30. d. Abends in Gones erwartet und beabsichtigt sechs Tage hier zu bleiben. Der „Meteor“ wird an dem Westfelsen um den von der Königin gestifteten Wehr theilnehmen.

London, 12. Juli. Unterhans. Der Deputirte Sexton, welcher gestern von der Sitzung ausgeschlossen wurde, wünschte zu wissen, wie es das Verhalten des Vorsitzenden gegen ihn zur Sprache bringen könne. Der Sprecher erwiderte, Sexton könne dies durch Annahme eines Antrags thun, er (der Sprecher) lehne es ab, sich in die Angelegenheit zu mischen. Bei der fortgesetzten Berathung des Paragraphen 9 der Home-Rule-Bill beantragte Gladstone die Streichung der Unterabsätze 3 und 4, so daß die wahren Vertreter im Reichsparlament bei allen öffentlichen Abstimmungen bleiben sollten. Gladstone erklärte, die Regierung habe sich bei diesem Antrage durch eine im Hause verbreitete Ansicht leiten lassen, nach welcher die irischen Abgeordneten für alle Gegenstände im Reichsparlament stimmberechtigt bleiben sollten. Rathbone und Wallace (Radikale) bekämpften energisch den Antrag Gladstones. Die Debatte wurde schließlich vertagt. Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärte der Parlamentssekretär der Kolonialen Division auf eine Anfrage, die kolonialen Behörden in Neu-Zealand hätten einen Eingangs Zoll auf gewisse Vorräthe und Lebensmittel erhoben, die aus Halifax auf einem britischen Schiffe für die Kapitäne zweier französischer Schiffe, die sich mit Fischei auf dem Vertrag befand, unter der Bedingung, daß die Nummeralkoten an jenem Ufer eingeführt worden waren. Der französische Admiral habe an den britischen Flottenoffizier geschrieben und die Herausgabe der wegen Nichtzahlung zurückbehaltenen Waaren sowie die Rückerstattung der unter Protest gehaltenen Fische gefordert. Der Admiral wurde mit seiner Forderung an die Regierung von Neu-Zealand verwiesen; er ging nach St. Johns und wiederholte dort seine Forderung. Dieselbe wurde abgelehnt.

London, 12. Juli. In dem vorläufig für den Besuch Kaiser Wilhelms in Gones festgesetzten Programm sind zwei Staatsbesuche vorgesehen: das eine giebt die Königin Viktoria in Osborne, das andere der Prinz von Wales an Bord der „Victoria und Albert“. Der Kaiser wird auch an einem Klubabend der „Royal Yacht Society“ theilnehmen und selbst ein Diner an Bord seiner eigenen Yacht geben. Kaiser Wilhelm wird am 30. d. Abends in Gones erwartet und beabsichtigt sechs Tage hier zu bleiben. Der „Meteor“ wird an dem Westfelsen um den von der Königin gestifteten Wehr theilnehmen.

London, 12. Juli. Unterhans. Der Deputirte Sexton, welcher gestern von der Sitzung ausgeschlossen wurde, wünschte zu wissen, wie es das Verhalten des Vorsitzenden gegen ihn zur Sprache bringen könne. Der Sprecher erwiderte, Sexton könne dies durch Annahme eines Antrags thun, er (der Sprecher) lehne es ab, sich in die Angelegenheit zu mischen. Bei der fortgesetzten Berathung des Paragraphen 9 der Home-Rule-Bill beantragte Gladstone die Streichung der Unterabsätze 3 und 4, so daß die wahren Vertreter im Reichsparlament bei allen öffentlichen Abstimmungen bleiben sollten. Gladstone erklärte, die Regierung habe sich bei diesem Antrage durch eine im Hause verbreitete Ansicht leiten lassen, nach welcher die irischen Abgeordneten für alle Gegenstände im Reichsparlament stimmberechtigt bleiben sollten. Rathbone und Wallace (Radikale) bekämpften energisch den Antrag Gladstones. Die Debatte wurde schließlich vertagt. Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärte der Parlamentssekretär der Kolonialen Division auf eine Anfrage, die kolonialen Behörden in Neu-Zealand hätten einen Eingangs Zoll auf gewisse Vorräthe und Lebensmittel erhoben, die aus Halifax auf einem britischen Schiffe für die Kapitäne zweier französischer Schiffe, die sich mit Fischei auf dem Vertrag befand, unter der Bedingung, daß die Nummeralkoten an jenem Ufer eingeführt worden waren. Der französische Admiral habe an den britischen Flottenoffizier geschrieben und die Herausgabe der wegen Nichtzahlung zurückbehaltenen Waaren sowie die Rückerstattung der unter Protest gehaltenen Fische gefordert. Der Admiral wurde mit seiner Forderung an die Regierung von Neu-Zealand verwiesen; er ging nach St. Johns und wiederholte dort seine Forderung. Dieselbe wurde abgelehnt.

London, 12. Juli. Unterhans. Der Deputirte Sexton, welcher gestern von der Sitzung ausgeschlossen wurde, wünschte zu wissen, wie es das Verhalten des Vorsitzenden gegen ihn zur Sprache bringen könne. Der Sprecher erwiderte, Sexton könne dies durch Annahme eines Antrags thun, er (der Sprecher) lehne es ab, sich in die Angelegenheit zu mischen. Bei der fortgesetzten Berathung des Paragraphen 9 der Home-Rule-Bill beantragte Gladstone die Streichung der Unterabsätze 3 und 4, so daß die wahren Vertreter im Reichsparlament bei allen öffentlichen Abstimmungen bleiben sollten. Gladstone erklärte, die Regierung habe sich bei diesem Antrage durch eine im Hause verbreitete Ansicht leiten lassen, nach welcher die irischen Abgeordneten für alle Gegenstände im Reichsparlament stimmberechtigt bleiben sollten. Rathbone und Wallace (Radikale) bekämpften energisch den Antrag Gladstones. Die Debatte wurde schließlich vertagt. Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärte der Parlamentssekretär der Kolonialen Division auf eine Anfrage, die kolonialen Behörden in Neu-Zealand hätten einen Eingangs Zoll auf gewisse Vorräthe und Lebensmittel erhoben, die aus Halifax auf einem britischen Schiffe für die Kapitäne zweier französischer Schiffe, die sich mit Fischei auf dem Vertrag befand, unter der Bedingung, daß die Nummeralkoten an jenem Ufer eingeführt worden waren. Der französische Admiral habe an den britischen Flottenoffizier geschrieben und die Herausgabe der wegen Nichtzahlung zurückbehaltenen Waaren sowie die Rückerstattung der unter Protest gehaltenen Fische gefordert. Der Admiral wurde mit seiner Forderung an die Regierung von Neu-Zealand verwiesen; er ging nach St. Johns und wiederholte dort seine Forderung. Dieselbe wurde abgelehnt.

London, 12. Juli. Unterhans. Der Deputirte Sexton, welcher gestern von der Sitzung ausgeschlossen wurde, wünschte zu wissen, wie es das Verhalten des Vorsitzenden gegen ihn zur Sprache bringen könne. Der Sprecher erwiderte, Sexton könne dies durch Annahme eines Antrags thun, er (der Sprecher) lehne es ab, sich in die Angelegenheit zu mischen. Bei der fortgesetzten Berathung des Paragraphen 9 der Home-Rule-Bill beantragte Gladstone die Streichung der Unterabsätze 3 und 4, so daß die wahren Vertreter im Reichsparlament bei allen öffentlichen Abstimmungen bleiben sollten. Gladstone erklärte, die Regierung habe sich bei diesem Antrage durch eine im Hause verbreitete Ansicht leiten lassen, nach welcher die irischen Abgeordneten für alle Gegenstände im Reichsparlament stimmberechtigt bleiben sollten. Rathbone und Wallace (Radikale) bekämpften energisch den Antrag Gladstones. Die Debatte wurde schließlich vertagt. Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärte der Parlamentssekretär der Kolonialen Division auf eine Anfrage, die kolonialen Behörden in Neu-Zealand hätten einen Eingangs Zoll auf gewisse Vorräthe und Lebensmittel erhoben, die aus Halifax auf einem britischen Schiffe für die Kapitäne zweier französischer Schiffe, die sich mit Fischei auf dem Vertrag befand, unter der Bedingung, daß die Nummeralkoten an jenem Ufer eingeführt worden waren. Der französische Admiral habe an den britischen Flottenoffizier geschrieben und die Herausgabe der wegen Nichtzahlung zurückbehaltenen Waaren sowie die Rückerstattung der unter Protest gehaltenen Fische gefordert. Der Admiral wurde mit seiner Forderung an die Regierung von Neu-Zealand verwiesen; er ging nach St. Johns und wiederholte dort seine Forderung. Dieselbe wurde abgelehnt.

London, 12. Juli. Unterhans. Der Deputirte Sexton, welcher gestern von der Sitzung ausgeschlossen wurde, wünschte zu wissen, wie es das Verhalten des Vorsitzenden gegen ihn zur Sprache bringen könne. Der Sprecher erwiderte, Sexton könne dies durch Annahme eines Antrags thun, er (der Sprecher) lehne es ab, sich in die Angelegenheit zu mischen. Bei der fortgesetzten Berathung des Paragraphen 9 der Home-Rule-Bill beantragte Gladstone die Streichung der Unterabsätze 3 und 4, so daß die wahren Vertreter im Reichsparlament bei allen öffentlichen Abstimmungen bleiben sollten. Gladstone erklärte, die Regierung habe sich bei diesem Antrage durch eine im Hause verbreitete Ansicht leiten lassen, nach welcher die irischen Abgeordneten für alle Gegenstände im Reichsparlament stimmberechtigt bleiben sollten. Rathbone und Wallace (Radikale) bekämpften energisch den Antrag Gladstones. Die Debatte wurde schließlich vertagt. Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärte der Parlamentssekretär der Kolonialen Division auf eine Anfrage, die kolonialen Behörden in Neu-Zealand hätten einen Eingangs Zoll auf gewisse Vorräthe und Lebensmittel erhoben, die aus Halifax auf einem britischen Schiffe für die Kapitäne zweier französischer Schiffe, die sich mit Fischei auf dem Vertrag befand, unter der Bedingung, daß die Nummeralkoten an jenem Ufer eingeführt worden waren. Der französische Admiral habe an den britischen Flottenoffizier geschrieben und die Herausgabe der wegen Nichtzahlung zurückbehaltenen Waaren sowie die Rückerstattung der unter Protest gehaltenen Fische gefordert. Der Admiral wurde mit seiner Forderung an die Regierung von Neu-Zealand verwiesen; er ging nach St. Johns und wiederholte dort seine Forderung. Dieselbe wurde abgelehnt.

London, 12. Juli. Unterhans. Der Deputirte Sexton, welcher gestern von der Sitzung ausgeschlossen wurde, wünschte zu wissen, wie es das Verhalten des Vorsitzenden gegen ihn zur Sprache bringen könne. Der Sprecher erwiderte, Sexton könne dies durch Annahme eines Antrags thun, er (der Sprecher) lehne es ab, sich in die Angelegenheit zu mischen. Bei der fortgesetzten Berathung des Paragraphen 9 der Home-Rule-Bill beantragte Gladstone die Streichung der Unterabsätze 3 und 4, so daß die wahren Vertreter im Reichsparlament bei allen öffentlichen Abstimmungen bleiben sollten. Gladstone erklärte, die Regierung habe sich bei diesem Antrage durch eine im Hause verbreitete Ansicht leiten lassen, nach welcher die irischen Abgeordneten für alle Gegenstände im Reichsparlament stimmberechtigt bleiben sollten. Rathbone und Wallace (Radikale) bekämpften energisch den Antrag Gladstones. Die Debatte wurde schließlich vertagt. Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärte der Parlamentssekretär der Kolonialen Division auf eine Anfrage, die kolonialen Behörden in Neu-Zealand hätten einen Eingangs Zoll auf gewisse Vorräthe und Lebensmittel erhoben, die aus Halifax auf einem britischen Schiffe für die Kapitäne zweier französischer Schiffe, die sich mit Fischei auf dem Vertrag befand, unter der Bedingung, daß die Nummeralkoten an jenem Ufer eingeführt worden waren. Der französische Admiral habe an den britischen Flottenoffizier geschrieben und die Herausgabe der wegen Nichtzahlung zurückbehaltenen Waaren sowie die Rückerstattung der unter Protest gehaltenen Fische gefordert. Der Admiral wurde mit seiner Forderung an die Regierung von Neu-Zealand verwiesen; er ging nach St. Johns und wiederholte dort seine Forderung. Dieselbe wurde abgelehnt.

London, 12. Juli. Unterhans. Der Deputirte Sexton, welcher gestern von der Sitzung ausgeschlossen wurde, wünschte zu wissen, wie es das Verhalten des Vorsitzenden gegen ihn zur Sprache bringen könne. Der Sprecher erwiderte, Sexton könne dies durch Annahme eines Antrags thun, er (der Sprecher) lehne es ab, sich in die Angelegenheit zu mischen. Bei der fortgesetzten Berathung des Paragraphen 9 der Home-Rule-Bill beantragte Gladstone die Streichung der Unterabsätze 3 und 4, so daß die wahren Vertreter im Reichsparlament bei allen öffentlichen Abstimmungen bleiben sollten. Gladstone erklärte, die Regierung habe sich bei diesem Antrage durch eine im Hause verbreitete Ansicht leiten lassen, nach welcher die irischen Abgeordneten für alle Gegenstände im Reichsparlament stimmberechtigt bleiben sollten. Rathbone und Wallace (Radikale) bekämpften energisch den Antrag Gladstones. Die Debatte wurde schließlich vertagt. Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärte der Parlamentssekretär der Kolonialen Division auf eine Anfrage, die kolonialen Behörden in Neu-Zealand hätten einen Eingangs Zoll auf gewisse Vorräthe und Lebensmittel erhoben, die aus Halifax auf einem britischen Schiffe für die Kapitäne zweier französischer Schiffe, die sich mit Fischei auf dem Vertrag befand, unter der Bedingung, daß die Nummeralkoten an jenem Ufer eingeführt worden waren. Der französische Admiral habe an den britischen Flottenoffizier geschrieben und die Herausgabe der wegen Nichtzahlung zurückbehaltenen Waaren sowie die Rückerstattung der unter Protest gehaltenen Fische gefordert. Der Admiral wurde mit seiner Forderung an die Regierung von Neu-Zealand verwiesen; er ging nach St. Johns und wiederholte dort seine Forderung. Dieselbe wurde abgelehnt.

worauf der französische Admiral einen formellen Protest gegen den Gouverneur einreichte und sofort nach St. Pierre abfuhr. Die englische Regierung habe von der französischen Regierung noch keine Mittheilung über diesen Zwischenfall erhalten.

London, 12. Juli. Nach einer Drahtmeldung aus St. Johns ist der Fischereifriede zwischen Frankreich und Neuzealand plötzlich aufgehoben. Ein französischer Kreuzer unter dem Befehl des Admirals Kamorons kam Sonntag in St. Johns an. Als der Admiral hörte, die Neuzealand-Regierung bestätigte die Entscheidung des Zollamtes, daß eine zollfreie Landung von Artilein für den Gebrauch französischer Fischer nicht statthaft sei, lehnte der Admiral die Einladung des Gouverneurs zu einem Diner wegen der Fier der Vermählung des Herzogs von York ab, da er in der Handlungswelt der Regierung eine Beleidigung Frankreichs zu erblicken glaubte. Die Angelegenheit ist übrigens in der heutigen Unterhandlung bereits zur Sprache gekommen.

Serbien.

Belgrad, 12. Juli. Die Schupschina nahm in zweiter Lesung den allgemeinen Zolltarif an. Die namentliche Abstimmlung erfolgt morgen. Die provisorischen Handelsabkommen mit Frankreich und England sind eingebracht worden.

Der niederländische Gesandte in Wien, welcher dem Könige das Antwortschreiben auf die Notifizierung der Thronbesteigung überbrachte, erhielt das Großkreuz des Talowa-Oreans.

Asien.

Shanghai, 9. Juli. Die Herrn Archibald und Lamb, die sich nach Sing-Pu begeben hatten, um die Leichen der ermordeten zwei schwedischen Missionare hierher zu bringen, mußten trotz der ihnen ertheilten Versicherungen des Bischofs unverrichteter Sache zurückkehren. In Canton ist eine Entlastungsverammlung abgehalten worden. Es wird großer Festigkeit bedürfen, um weitere Ausschreitungen zu verhindern. Wie dem „Stand“ gemeldet wird, wollen die Mandarinen die Leichen der Missionare Wilhelm und Johannis wegen der an ihnen verübten furchtbaren Verwundungen nicht ausliefern. In Schantung ist ein amerikanischer Missionar von der Bevölkerung arg mißhandelt worden.

Afrika.

Die jetzt so scharf an uns heranrückende Frage wegen Einwanderung der Buren in unser südafrikanisches Schutzgebiet hat mit Recht zu weiten Erörterungen in den deutschen Zeitungen geführt. Im allgemeinen ist die Stimmung gegen eine Zulassung der Buren in größerer Anzahl; den Buren sieht man wegen der bekannten, bei ihnen ausgeprägten Eigenschaften mit Mißtrauen entgegen; auch würde die Aufnahme von Scharen von Buren die Einwanderung deutscher Familien hindern und schädigen. Die Frage kann von amtlicher Seite auch schon in diesem Sinne als entschieden angesehen werden; das südafrikanische Gebiet soll der deutschen Einwanderung vorbehalten werden, und schon unter diesem Gesichtspunkte ist kein Raum für die Buren, die in weiten Kreisen auf dem Marjhe sind. Auch hat die Regierung schon ganz bestimmte Stellung gegen die Buren-Einwanderung genommen. Am 1. März 1893 erklärte der Reichstanzler Graf von Caprivi bei den Kolonial-Verhandlungen im Reichstage: „Man hat an die Regierung das Gerücht gestellt, Buren hienzufließen mit der Aufgabe, es wären an die Verhältnisse gewöhnte, fleißige Leute. Inoffiziell hat Hauptmann von Francois selbst an ihrer agrarischen Leistung bei hundertfachen Zweifel. Es ist der Wunsch ausgesprochen worden, Buren in Zahl von zweitausend und mehr auf einmal hienzufließen. Dem widerspreche ich ganz entschieden; denn die Buren haben ein starkes Unabhängigkeitsgefühl, und ob bei einer solchen Buren-Gesellschaft eine Schutztruppe aus 200 Mann ausreichen würde? Die Buren machen ferner Anspruch, ihr eigenes Recht und ihre eigene Verwaltung zu haben. Ich glaube, wir würden gut thun, uns zunächst zu beschränken. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Siedelungs-Gesellschaft im Stande sein wird, immer mehr Deutsche einzuführen u. s. f.“

Zunächst geht daraus hervor, daß der Buren-Wohman wohl nicht ganz recht hatte, wenn er in den Verhandlungen für den Burenrat b. hauptete, Hauptmann v. Francois habe ihn aufgefordert, recht viele Buren herbeizuführen. Der stellvertretende Reichskommissar hatte nicht minder Bedenken gegen die Buren, als die Reichsregierung, in Berlin selbst hierin ist keine Milderung eingetreten, sondern man ist in der damaligen Haltung noch befestigt worden, nachdem die Siedelung in dem letzten halben Jahre unerwartete Fortschritte gemacht hat und die besten Aussichten bietet. Das südafrikanische Schutzgebiet ist die einzige deutsche Kolonie, welche deutschen Auswanderern zum dauernden Verbleiben empfohlen werden kann. Dieses Gebiet darf man sich nicht selbst beschneiden durch Zulassung von Buren, die nichts zur Lösung des Landes beitragen.

Alexandrien, 12. Juli. 85 an Cholera erkrankte Pilger sind in das Hospital von El Tor aufgenommen; 40 Personen sind daselbst an Cholera gestorben.

Amerika.

Chicago, 11. Juli. Kein günstiger Stern waltet über der kolombischen Weltausstellung. Nachdem, abgesehen von administrativen Störungen, schon verchiedene Unfälle die Ausstellung heimgesucht hatten, wüthete gestern eine Feuersbrunst im Jackson-Park, bei welcher, ohne vom materiellen Schaden zu sprechen, mehrere Pompier's

